

Antrag der Sektion 8 der SPÖ Alsergrund an die Bezirkskonferenz der SPÖ Alsergrund Weiterleitung an den Bundesparteitag der SPÖ

Für einen demokratischen Prozess zur Erarbeitung des Grundsatzprogramms

„Das neue Parteiprogramm wird nach dem längsten und intensivsten Diskussionsprozeß, den es jemals in Österreich gegeben hat, beschlossen. Es ist das Produkt der Überzeugungen, Auffassungen und Wünsche von Hundertausenden, es ist das Programm dieser Hundertausenden, das Spiegelbild ihres Bewusstseinsstandes und auch das Spiegelbild der wissenschaftlichen Erkenntnis unserer Zeit.“

Das sind die ersten Worte jener Einleitung, mit der sich Zentralsekretär Karl Belcha 1978 im damals neuen Grundsatzprogramm der SPÖ an die Leserin und den Leser richtete. Blecha führt aus, dass der Prozess zur Erstellung des Programms im November 1976 mit einem Brief an alle 700.000 Mitglieder initiiert wurde. Die AdressatInnen wurden angeregt, im Rahmen einer ersten Phase eigene Forderungen für das neue Grundsatzprogramm einzureichen, worauf die Zentrale damals über 2.000 Briefe erhielt. Sechs thematische Kommissionen haben in einer zweiten Phase bis Juni 1977 einen Entwurf für einen neuen Forderungskatalog des Grundsatzprogramms erarbeitet. Bis Oktober 1977 wurde in einer dritten Phase von einem Redaktionskomitee ein umfassender Programmentwurf erarbeitet, der neben den Forderungen auch einen Analyseteil und einen Strategieteil enthielt. Der Entwurf wurde 200.000 Mal gedruckt und gemeinsam mit der Arbeiterzeitung und anderen Organen der SPÖ verschickt. In Tageszeitungen wurden alle interessierten StaatsbürgerInnen aufgerufen, sich den Entwurf unentgeltlich zusenden zu lassen, wovon 10.000 ÖsterreicherInnen auch Gebrauch machten. In einer vierten Phase bis April 1978 diskutierten tausende FunktionärInnen und über 200.000 Mitglieder den Entwurf. In den meisten Sektionen und Ortsorganisationen fand zumindest eine Diskussion zum Grundsatzprogramm statt, in den Bezirken und Vorfeldorganisationen wurden eigene Programmkommissionen eingesetzt. In 17 offen eingeladenen Veranstaltungen mit insgesamt 8.000 TeilnehmerInnen, konnten sich alle interessierten StaatsbürgerInnen, ja sogar VertreterInnen anderer politischer Couleurs an der Diskussion des Entwurfs beteiligen. In der Löwelstraße gingen 2.600 Anregungen zum Entwurf ein. Für den Parteitag 1978 wurden 1.134 Anträge eingereicht. In den folgenden Wochen wurden die Anträge und Anregungen in nächtelanger Arbeit in den Erstentwurf eingearbeitet. Am 20. Mai 1978 wurde eines der besten sozialdemokratischen Parteiprogramme beschlossen, das die deutsche Sprache je gesehen hat.

Als sozialdemokratische Bewegung verfügen wir über unglaubliche Mengen an Wissen und Ideen: In unterschiedlichsten Teil-, und Vorfeldorganisationen, in den sozialdemokratischen Gewerkschaften, an der Parteibasis sowie in zahlreichen Universitäten, öffentlichen Institutionen, zivilgesellschaftlichen Initiativen, Medienhäusern und Unternehmen. Das kollektive Know how ist ein Faktum, das unsere Bewegung stark macht. Doch hat sich in den vergangenen Jahrzehnten immer stärker gezeigt, dass die Einbindung der Basis in Zeiten, in denen Politik immer mehr an Glaubwürdigkeit verliert und sich neue Medien immer mehr auf dem Vormarsch befinden, sprich die Menschen andere Formen der Einbindung gewohnt sind, leidet. Gerade bei der Erstellung eines Grundsatzprogrammes, als Festschreibung unserer Interpretation der sozialdemokratischen Grundwerte und Handlungsanleitung für unsere Bewegung ist es umso wichtiger möglichst viele einzubinden, was nur durch die demokratische Erarbeitung des Grundsatzprogrammes möglich ist. Bereits bei der Erstellung des Programms 1978 hat sich gezeigt, wie wertvoll ein derartig breiter Diskussionsprozess für die Partei sein kann, nicht nur als Möglichkeit wieder mehr Menschen in die Partei einzubinden und zu motivieren, sondern auch um unseren gemeinsamen Grundkonsens zu stärken und neue Ideen und Konzepte zu entwickeln. Die sozialdemokratische Bewegung darf keine Partei sein, in der sich kleine Führungszirkel die Programmatik in Abhängigkeit tagespolitischer Herausforderungen ausmachen. Aus ihrer Geschichte als

ArbeiterInnenbewegung heraus ist es für die SPÖ unabdingbar, ihre Grundsätze der Mitbestimmung auch nach Innen zu leben.

Die Einbeziehung der unterschiedlichen Lebensrealitäten der SPÖ-Mitglieder und – FunktionärInnen muss in der Erstellung des Grundsatzprogrammes Platz finden, denn wir wollen keine elitäre Partei sein, mit der sich die Basis nicht mehr identifizieren kann. Selbst wenn ein derartiger Prozess sicher arbeitsintensiv ist, so ist er in Zeiten der Politikverdrossenheit, auch unter unseren Mitgliedern, das einzige Mittel um zu zeigen, dass wir alle Teil der sozialdemokratischen Bewegung sind und gemeinsam auch etwas bewegen können. Deshalb ist es wichtig, sich auch die Zeit für die Erarbeitung unserer gemeinsamen Ziele zu nehmen und Menschen zu ermöglichen zu partizipieren und mitzugestalten.

Der SPÖ-Bundesparteitag möge daher beschließen:

Das kommende neue Grundsatzprogramm der SPÖ soll in einem breiten, offenen und demokratischen Prozess unter Einbeziehung möglichst vieler interessierter Menschen erarbeitet werden. Der Prozess soll unter folgenden Bedingungen stattfinden:

- **Mitbestimmung:** Einbeziehung aller traditioneller Strukturen, der Parteibasis im Sinne der einzelnen Landes- und Bezirksorganisationen der Partei, sowie aller Teil- und Vorfeldorganisationen und der sozialdemokratischen Gewerkschaften.
- **Offenheit:** Einbeziehung aller interessierten und der sozialdemokratischen Sache wohlgesonnenen Menschen, unabhängig davon ob sie Parteimitglieder sind oder sozialdemokratischen Stallgeruch haben oder nicht.
- **Zweigleisigkeit:** Rückgriff sowohl auf traditionelle Kommunikationsformen wie Versammlungen von Sektionen oder Ortsparteien, als auch aktive Nutzung des Internets. Der traditionelle und der virtuelle Dialog sollen ineinander übergreifen und sich befruchten.
- **Transparenz:** Der Prozess soll möglichst transparent gestaltet sein, um Debattenverläufe nachvollziehen zu können und Außenstehende zum Mitmachen anzuregen. Alle Zwischenergebnisse müssen im Netz veröffentlicht werden, die Protokolle jeder stattgefundenen Diskussion können – falls die diskutierende Gruppe das wünscht – in Netz gestellt werden.
- **Politisierung:** Der Weg und das Ziel sind das Ziel. Der Diskussionsprozess soll zu einem starken Politisierungsschub in der Partei führen.
- **Prozesscharakter:** Der Diskussionsprozess soll ohne Vorbereitungszeit ca. zwei Jahre laufen und sich an keinen Wahlterminen orientieren müssen. Im Grundsatzprogramm erklären wir wofür wir prinzipiell stehen, es ist kein Marketingprodukt für Wahlen.
- **Ressourcenausstattung:** Das Grundsatzprogramm ist ein großes und wichtiges Projekt. der Prozess zu seiner Erstellung soll mit den entsprechenden personellen und finanziellen Ressourcen bedacht werden.
- **Urabstimmung:** Der endgültige Entwurf sollen allen SPÖ-Mitgliedern zur Urabstimmung vorgelegt werden